

Förderbedingungen für einen Lockdown-Umsatzersatz durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH ("COFAG")

1 Abschluss Fördervertrag / Parteien

- 1.1 Durch Einbringung des Antrags auf Gewährung eines Lockdown-Umsatzersatzes ("**Lockdown-Umsatzersatz**") durch die COFAG über FinanzOnline ("**Antrag**" oder "**Angebot**") legt der den Lockdown-Umsatzersatz beantragende Antragsteller ("**Förderwerber**") ein Angebot auf Abschluss eines Fördervertrags mit der COFAG (der "**Fördervertrag**").
- 1.2 Der Fördervertrag kommt durch Annahme des Angebots durch die COFAG zustande. Die COFAG kann das Angebot konkludent durch Auszahlung des Lockdown-Umsatzersatzes auf das im Antrag angegebene Konto annehmen. Der Fördervertrag kommt in diesem Fall mit Einlangen der Überweisung auf dem angegebenen Konto zustande.
- 1.3 Zusätzlich wird die COFAG den Förderwerber per E-Mail über die Annahme des Angebots und damit das Zustandekommen des Fördervertrags informieren. Dieses E-Mail ist jedoch keine Voraussetzung für das Zustandekommen des Fördervertrags.
- 1.4 Die COFAG kann den Lockdown-Umsatzersatz entweder selbst auszahlen, oder sich dabei durch die Republik Österreich (Bund) oder die agentur für rechnungswesen gmbh vertreten lassen. Auch eine Überweisung der Republik Österreich (Bund) oder der agentur für rechnungswesen gmbh führt daher zur Annahme des Angebots gemäß Punkt 1.2.
- 1.5 Wird ein neuer Antrag eingebracht bevor ein Fördervertrag zustande kommt, gilt der ursprüngliche Antrag als zurückgezogen und es kann von COFAG nur noch der neue Antrag angenommen werden. Ein neuer Antrag kann insbesondere dann eingebracht werden, wenn der Förderwerber per E-Mail informiert wurde, dass der ursprüngliche Antrag nicht angenommen werden kann. Neu eingebrachte Anträge werden von COFAG aber nur berücksichtigt, solange die Auszahlung des Lockdown-Umsatzersatzes aufgrund des ursprünglichen Antrags noch nicht durch die COFAG veranlasst wurde.

2 Bedingungen Fördervertrag

- 2.1 Ein Lockdown-Umsatzersatz wird nur im Rahmen der Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung eines Lockdown-Umsatzersatzes zur Deckung von Fixkosten durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) in der jeweils geltenden Fassung (die "**Richtlinien**") gewährt. Der Förderwerber bestätigt, dass er die Richtlinien kennt und stimmt ausdrücklich zu, dass die Bestimmungen der Richtlinien ein wesentlicher Bestandteil des Fördervertrags sind.
- 2.2 Der Förderwerber ist für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Daten im Antrag verantwortlich.
- 2.3 Wenn die Angaben im Antrag den Bedingungen, Bestätigungen und Verpflichtungen gemäß diesen Förderbedingungen widersprechen, so gehen diese Förderbedingungen vor.

3 Lockdown-Umsatzersatz

- 3.1 Der Lockdown-Umsatzersatz wird nur unter den Voraussetzungen gewährt, dass (a) das Unternehmen des Förderwerbers im Zeitraum der Gültigkeit der COVID-19-SchuMaV **direkt von den** mit der COVID-19-SchuMaV in § 4 Abs. 3 (Seil- und Zahnradbahnen), § 7 (Gastgewerbe), § 8 (Beherbergungsbetriebe), § 9 (Betretungsverbot für Sportstätten und Flugfelder), § 12 Abs. 2, ausgenommen Z 6 (Freizeiteinrichtungen), § 13 (Veranstaltungsverbot) und §14 (Sportveranstaltungsverbot) verordneten **Einschränkungen betroffen** ist und (b) das Unternehmen auch **in einer Branche tätig** ist, **die direkt** von den mit der COVID-19-SchuMaV **verordneten** Einschränkungen **betroffen** ist.

Die Höhe des Lockdown-Umsatzersatzes entspricht **80 Prozent** des gemäß der Punkte 4.4, 4.5, 4.6 und 4.7 der Richtlinien ermittelten Umsatzes des Förderwerbers (**vergleichbarer Vorjahresumsatz**), höchstens jedoch – unter Berücksichtigung bereits erhaltener finanzieller COVID-19 Zuwendungen gemäß Punkt 6.1.3 der Richtlinien – EUR 800.000 pro Unternehmen (in den Fällen des Punktes 4.3 der Richtlinien höchstens jedoch bis zum allgemeinen De-minimis-Höchstbetrag). Die Mindesthöhe beträgt EUR 2.300; beträgt der beihilfenrechtliche Höchstbetrag gemäß Punkt 4.2 der Richtlinien jedoch weniger als EUR 2.300, wird nur dieser Betrag als Lockdown-Umsatzersatz gewährt.

- 3.2 Die Höhe des vergleichbaren Vorjahresumsatzes gemäß Punkt 4.5 der Richtlinien wird durch die Finanzverwaltung berechnet und anschließend der Lockdown-Umsatzersatz durch die Finanzverwaltung nach den Vorgaben des Punktes 4 festgestellt. Der Lockdown-Umsatzersatz muss, mit Ausnahme der in Punkt 8 geregelten Fälle, nicht zurückgezahlt werden.
- 3.3 An Land- und Forstwirte sowie Privatzimmervermieter wird kein Lockdown-Umsatzersatz gewährt, weil der Umsatzersatz für diese Betroffenen vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus abgewickelt wird.

4 Auszahlung

- 4.1 Die Auszahlung erfolgt durch die COFAG oder ihren Vertreter auf das im Antrag angegebene Konto. Der Förderwerber stimmt zu, dass die Höhe des vergleichbaren Vorjahresumsatzes gemäß Punkt 4.5 der Richtlinien berechnet und anschließend der Betrag des Lockdown-Umsatzersatzes nach den Vorgaben des Punktes 4 der Richtlinien festgestellt wird und durch die COFAG dem Förderwerber mit der Auszahlung des Lockdown-Umsatzersatzes durch Überweisung auf das vom Antragsteller im Antrag angeführte Konto bekannt gegeben wird und damit der Fördervertrag rechtsverbindlich zustande kommt. Der Förderwerber erklärt sich daher auch bereit, die Auszahlung in der rechtlich tatsächlich zustehenden Höhe rechtswirksam zu akzeptieren.
- 4.2 Das Angebot auf Abschluss eines Fördervertrags mit der COFAG gilt für und gegen den Förderwerber, auch wenn es von einem Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Bilanzbuchhalter im Namen des Förderwerbers unter Verwendung der FinanzOnline-Zugangsdaten des Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers oder Bilanzbuchhalters eingebracht wurde.

5 Verpflichtungen

- 5.1 Der Förderwerber ist verpflichtet,
 - 5.1.1 die COFAG unverzüglich über Umstände zu informieren, die dazu führen, dass die Voraussetzungen für die Gewährung des Lockdown-Umsatzersatzes nicht (mehr) vorliegen; und
 - 5.1.2 der COFAG sonstige Änderungen der für die Gewährung des Lockdown-Umsatzersatzes maßgeblichen Verhältnisse unverzüglich bekannt zu geben.
- 5.2 Der Förderwerber verpflichtet sich,
 - 5.2.1 der COFAG, dem Bundesminister für Finanzen oder einem anderen von diesem Bevollmächtigten auf deren Aufforderung sämtliche Auskünfte zu erteilen und Unterlagen vorzulegen, die diesen im Zusammenhang mit dem Lockdown-Umsatzersatz, insbesondere zur Prüfung der widmungsgemäßen Verwendung, erforderlich erscheinen;
 - 5.2.2 der COFAG, dem Bundesminister für Finanzen oder einem anderen von diesen Bevollmächtigten das Recht auf jederzeitige Prüfung sowie auf jederzeitige Einsichtnahme in die sonstigen Aufzeichnungen und Belege des Förderwerbers einzuräumen;

- 5.2.3 sofern personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern, Geschäftsführern oder Gesellschaftern) betroffen sind, durch jeden Unterfertigenden als jeweils datenschutzrechtlichen Verantwortlichen zu bestätigen, dass allenfalls notwendige Einwilligungserklärungen gemäß Art. 7 der EU-DSGVO vorliegen; und
- 5.2.4 Änderungen der für die Förderungsgewährung maßgeblichen Verhältnisse unverzüglich der COFAG schriftlich bekannt zu geben.

6 Bestätigungen Förderwerber

6.1 Der Förderwerber bestätigt, dass

- 6.1.1 das Unternehmen seinen Sitz oder eine Betriebsstätte in Österreich hat;
- 6.1.2 das Unternehmen des Förderwerbers eine operative Tätigkeit in Österreich ausübt, die in Österreich zu einer Besteuerung der Einkünfte gemäß §§ 22 oder 23 des Einkommensteuergesetzes 1988 (EStG 1988), BGBl. Nr. 400/1988, führt;
- 6.1.3 das Unternehmen des Förderwerbers im Zeitraum der Gültigkeit der COVID-19-SchuMaV direkt von den mit der COVID-19-SchuMaV verordneten Einschränkungen im Sinne des Punktes 3.1.3 der Richtlinien betroffen und auch in einer Branche tätig ist, die von den mit der COVID-19-SchuMaV verordneten Einschränkungen direkt betroffen ist. Die Branchenabgrenzung wird im Sinne der ÖNACE-2008-Klassifikation vorgenommen;
- 6.1.4 beim Unternehmen des Förderwerbers in den letzten drei veranlagten Jahren kein rechtskräftig festgestellter Missbrauch im Sinne des § 22 der Bundesabgabenordnung (BAO), BGBl. 194/1961, vorliegt, der zu einer Änderung der steuerlichen Bemessungsgrundlage von mindestens EUR 100.000 im jeweiligen Veranlagungszeitraum geführt hat;
- 6.1.5 das Unternehmen des Förderwerbers in den letzten fünf veranlagten Jahren nicht mit einem Betrag von insgesamt mehr als EUR 100.000 vom Abzugsverbot des § 12 Abs. 1 Z 10 des Körperschaftsteuergesetzes 1988 (KStG 1988), BGBl. Nr. 401/1988 oder von den Bestimmungen des § 10a KStG 1988 (Hinzurechnungsbesteuerung, Methodenwechsel) betroffen gewesen ist, oder das Unternehmen bereits bei Abgabe der Körperschaftsteuererklärung für das betreffende Jahr den Anwendungsfall des § 12 Abs. 1 Z 10 KStG 1988 oder des § 10a KStG 1988 offengelegt hat und den von den Bestimmungen erfassten Betrag hinzugerechnet hat und dieser Betrag nicht EUR 500.000 übersteigt;
- 6.1.6 das Unternehmen des Förderwerbers nicht einen Sitz oder eine Niederlassung in einem Staat hat, der in der EU-Liste der nicht kooperativen Länder und Gebiete für Steuerzwecke genannt ist und an dem Sitz oder der Niederlassung in diesem Staat im ersten nach dem 31. Dezember 2018 beginnenden Wirtschaftsjahr überwiegend Passiveinkünfte im Sinne des § 10a Abs. 2 KStG 1988 erzielt hat. Es gilt die Fassung der EU-Liste der nicht kooperativen Länder und Gebiete für Steuerzwecke, die zum jeweiligen Abschlussstichtag des für die Beurteilung des Überwiegens der Passiveinkünfte im Sinne des § 10a Abs. 2 KStG 1988 heranzuziehenden Wirtschaftsjahres in Geltung steht; und
- 6.1.7 über den Förderwerber oder dessen geschäftsführende Organe in Ausübung ihrer Organfunktion in den letzten fünf Jahren vor der Antragstellung keine rechtskräftige Finanzstrafe oder entsprechende Verbandsgeldbuße aufgrund von Vorsatz, ausgenommen Finanzordnungswidrigkeiten oder eine den Betrag von EUR 10.000 nicht übersteigende Finanzstrafe oder Verbandsgeldbuße, verhängt worden ist.

6.2 Der Förderwerber bestätigt, dass

- 6.2.1 bei dem Unternehmen des Förderwerbers im Betrachtungszeitraum gemäß Punkt 4.1 der Richtlinien oder zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Insolvenzverfahren anhängig ist

(dazu zählen nicht Sanierungsverfahren gemäß der §§ 166 ff IO, RGBl. Nr. 337/1914);

- 6.2.2 das Unternehmen des Förderwerbers kein beaufsichtigter Rechtsträger des Finanzsektors, der im Inland, einem Mitgliedstaat (§ 2 Z 5 Bankwesengesetz, BGBl. Nr. 532/1993 (BWG)) oder einem Drittland (§ 2 Z 8 BWG) registriert oder zugelassen ist und hinsichtlich seiner Tätigkeit prudentiellen Aufsichtsbestimmungen unterliegt, ist (das sind für Österreich insbesondere Kreditinstitute gemäß BWG, Versicherungsunternehmen gemäß Versicherungsaufsichtsgesetz 2016 (VAG 2016), BGBl. I Nr. 34/2015; Wertpapierfirmen und Wertpapierdienstleistungsunternehmen gemäß Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 (WAG 2018), BGBl. I Nr. 107/2017; Pensionskassen gemäß Pensionskassengesetz (PKG), BGBl. Nr. 281/1990);
- 6.2.3 kein Verein ist, der nicht im Sinne des Umsatzsteuergesetzes 1994 (UStG 1994), BGBl. 1994/663, unternehmerisch tätig ist;
- 6.2.4 das Unternehmen des Förderwerbers kein Unternehmen ist, das im Zeitraum vom 3. November 2020 bis zum 30. November 2020 gegenüber Mitarbeitern eine Kündigung ausgesprochen hat; und
- 6.2.5 das Unternehmen des Förderwerbers kein neu gegründetes Unternehmen ist, das vor dem 1. November 2020 noch keine Umsätze erzielt hat.

7 Überprüfung

- 7.1 Die nachträgliche Überprüfung von Zuschüssen erfolgt nach den Bestimmungen des COVID-19-Förderungsprüfungsgesetzes (CFPG), BGBl. I Nr. 44/2020, in der geltenden Fassung auf Basis von Stichproben.
- 7.2 Die COFAG hat zusätzlich das Recht, die Angaben des Förderwerbers durch Einsicht in die Bücher und sonstigen Unterlagen des Förderwerbers zu überprüfen. Die COFAG kann sich bei der Überprüfung und Einsicht durch die Finanzverwaltung vertreten lassen.
- 7.3 Auf Aufforderung der COFAG oder der Finanzverwaltung hat der Förderwerber weitere Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zu übermitteln, die für die Überprüfung, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Lockdown-Umsatzersatzes gemäß den Richtlinien sowie für die Überprüfung der Höhe des vergleichbaren Vorjahresumsatzes und des tatsächlich zustehenden Lockdown-Umsatzersatzes erforderlich sind.

8 Verpflichtung zur Rückzahlung

- 8.1 Die COFAG ist berechtigt einen bereits ausbezahlten Lockdown-Umsatzersatz zurückzufordern, wenn:
 - 8.1.1 im Rahmen einer Überprüfung gemäß Punkt 7 festgestellt wird, dass dem Förderwerber tatsächlich keine oder nur ein niedrigerer Lockdown-Umsatzersatz zusteht;
 - 8.1.2 im Zuge einer nachträglichen Überprüfung festgestellt wird, dass die vom Antragsteller gemäß Punkt 4.6 der Richtlinien vorgenommene Schätzung nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. In diesem Fall hat eine verpflichtende Rückforderung des gewährten Lockdown-Umsatzersatzes durch die COFAG nur unter der Voraussetzung zu erfolgen, dass die Schätzung gemäß Punkt 4.6 der Richtlinien vom Förderwerber nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers vorgenommen wurde und dadurch der Betrag des gewährten und ausgezahlten Lockdown-Umsatzersatzes um mindestens 20% jenen Betrag übersteigt, den eine Berechnung nach den tatsächlichen Verhältnissen und den Vorgaben der Richtlinien ergeben hätte. Für die Beurteilung des Sorgfaltsmaßstabes des Förderwerbers wird auf dessen Wissen beziehungsweise das Wissen

seiner Organe zum Zeitpunkt der Antragstellung abgestellt;

- 8.1.3 der Förderwerber eine wesentliche Verpflichtung aus dem Fördervertrag oder den Richtlinien nicht einhält oder den Lockdown-Umsatzersatz widmungswidrig verwendet;
 - 8.1.4 der Förderwerber eine Prüfung gemäß Punkt 7 be- oder verhindert oder die Voraussetzungen für die Gewährung und die Höhe des Lockdown-Umsatzersatzes in den 7 Jahren nach dem Antrag nicht mehr überprüfbar sind, weil der Förderwerber Unterlagen nicht oder nicht ordentlich aufbewahrt hat; und
 - 8.1.5 der Lockdown-Umsatzersatz aufgrund der Vorgaben des EU-Beihilfenrechts zurückgefordert werden muss, etwa weil mit dem Lockdown-Umsatzersatz der beim Unternehmen eingetretene Schaden entgegen den Vorgaben des EU-Beihilfenrechts überkompensiert wurde.
- 8.2 Auf rückzuzahlende Beträge fallen die gesetzlichen Verzugszinsen ab dem Auszahlungstag an.
- 8.3 Die COFAG kann auf die Rückzahlung sowie die Zinsen unter Berücksichtigung des Punktes 8.1.2 jeweils ganz oder teilweise verzichten.

9 Datenschutz / Transparenzdatenbank / EU-rechtlich vorgesehene Veröffentlichungen

- 9.1 Der Förderwerber nimmt die Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten, abrufbar unter www.umsatzersatz.at/personenbezogenedaten zustimmend zur Kenntnis.
- 9.2 Der Förderwerber stimmt zu, dass die COFAG als leistende Stelle die gesetzlich erforderlichen Mitteilungen zu an den Förderwerber gewährten Lockdown-Umsatzersatz an die Transparenzdatenbank ("**TDB**") gemäß Transparenzdatenbankgesetz 2012 (TDBG) vornimmt und der Lockdown-Umsatzersatz an den Förderwerber in der TDB erfasst wird. Der Förderwerber stimmt ferner zu, dass die COFAG Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG durchführen kann.
- 9.3 Der Förderwerber stimmt zu, dass sämtliche Informationen im Zusammenhang mit dem zugunsten des Förderwerbers gewährten Lockdown-Umsatzersatzes, die aufgrund von beihilferechtlichen Vorgaben der Europäischen Kommission ("**EK**") mitgeteilt werden müssen, den beihilferechtlichen Vorgaben entsprechend veröffentlicht bzw. der EK mitgeteilt werden dürfen. Dies umfasst insbes. Informationen zum Förderwerber und seinem Unternehmen (wie Firma, FB-Nummer, Sitz, Branche) sowie zum Lockdown-Umsatzersatz (wie Ermittlung und Betrag des Lockdown-Umsatzersatzes).

10 Mitteilungen an COFAG

Änderungen der tatsächlichen Umstände sind der COFAG, sofern möglich, durch Änderung des Antrags über FinanzOnline anzuzeigen. Sofern eine Mitteilung über FinanzOnline nicht möglich ist, sind sämtliche Mitteilungen per E-Mail an COFAG an folgende Adresse unter Angabe des Förderwerbers des Lockdown-Umsatzersatzes zu richten: info@umsatzersatz.at.

11 Dauer / Gerichtsstand / Rechtswahl

- 11.1 Die Pflichten des Förderwerbers aus dem Fördervertrag enden 7 Jahre, Rechte des Förderwerbers 3 Jahre nach Abschluss des Fördervertrages.
- 11.2 Ansprüche aus oder in Zusammenhang mit dem Fördervertrag können ausschließlich vor dem in Handelssachen zuständigen Gericht für Wien, Innere Stadt, geltend gemacht werden.
- 11.3 Es gilt österreichisches Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen des österreichischen internationalen Privatrechts.